

Antrag 290/II/2019

KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Ausstieg aus der Kohle vor 2030!

1 Angesichts der immer deutlicher werdenden Auswirkungen
2 gen des Klimawandels ist ein Ausstieg aus der Braun- und
3 Steinkohle vor 2030 dringend nötig. Hier liegt das größte
4 Einsparpotential für CO₂-Emissionen.

5
6 Der Parteivorstand wird daher dazu aufgefordert,
7

- 8 • eine Nachverhandlung des Kohlekompromisses in
9 den Entwurf des Wahlprogramms für die nächste
10 Bundestagswahl aufzunehmen (spätestens für die
11 Wahl 2021).
- 12 • die Ergebnisse der Verhandlungen der Kohlekom-
13 mission in dem Sinne in die anstehende Halbzeit-
14 bilanz der großen Koalition mit aufzunehmen, dass
15 deutlich wird, dass die derzeitigen Anstrengungen
16 im Bereich Klimaschutz keineswegs ausreichend
17 sind.
- 18 • darauf zu achten, dass die ersten Abschaltungen
19 von Kraftwerken tatsächlich bis spätestens 2022 er-
20 folgen.
- 21 • Jegliche Entschädigungszahlung bei Schließung von
22 Kohlekraftwerken kritisch zu begleiten.
- 23 • der Kohleausstieg ist dabei sozialverträglich zu be-
24 gleiten. Das Ausstiegsdatum wird davon nicht be-
25 rührt.

26
27

28 Begründung

29 Der Klimawandel ist bei uns angekommen. Auch in Nord-
30 europa brennen bereits im April die Wälder, ein weiterer
31 Jahrhundertssommer steht bevor, vermutlich ein Jahrhun-
32 dertsommerjahrzehnt. Das Bedauern über die Versäum-
33 nisse der letzten 50 Jahre, bringt uns hier nicht weiter. Ge-
34 rade als Sozialdemokraten müssen wir uns programma-
35 tisch ernsthaft mit dem Klimaschutz auseinandersetzen,
36 denn die Klimafrage ist vor allem auch eine soziale Fra-
37 ge. Die von den zu ergreifenden Maßnahmen gefährde-
38 ten Arbeitsplätze dürfen für uns kein Grund sein, das Not-
39 wendige und Richtige nicht zu tun. Vielmehr müssen wir
40 Konzepte für einen sozialen Strukturwandel entwickeln,
41 der den Menschen gerecht wird - nicht den Konzernen. Ein
42 Kohleausstieg bis 2030 ist nach eingängiger wissenschaft-
43 licher Meinung die einzige Möglichkeit unsere Klimaziele
44 bis 2030 zu erreichen.

45

46 Die Entschädigungen für Kraftwerksbetreiber sind in Ma-
47 ßen zu halten, denn ihre Kraftwerke würden auf Grund

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch tätiges Handeln (Konsens)

(LPT II/2019: Überwiesen an FA X – Natur, Energie, Um-
weltschutz)

48 des Emissionshandels sowieso unwirtschaftlich und we-
49 nig bis gar nicht rentabel. Hier sollte noch einmal genau
50 geprüft werden, welche Schließungen überhaupt mit Ent-
51 schädigungen verbunden werden sollten.

52

53 Darüber hinaus ist von den zuständigen Ministerien (allen
54 voran dem Bundesumweltministerium) genau zu über-
55 wachen, dass das Strukturwandelgesetz nicht den Kohle-
56 ausstiegsmaßnahmen vorseilt. Hier gilt es insbesonde-
57 re Steuerverschwendung zu vermeiden und Transparenz
58 zu schaffen, um vor Ort und im Rest der Republik, die vom
59 Strukturwandelgesetz nur sekundär betroffen sind und
60 vor allem die hohe Belastung des Staatshaushalts sehen,
61 Vertrauen und Verständnis zu schaffen. Vorrangig sollen
62 hier Maßnahmen unterstützt werden, die eine umwelt-
63 freundliche und nachhaltige Entwicklung der Regionen
64 fördern (z.B. Ausbau des Schienenverkehrs vorrangig vor
65 Straßenverkehr).